

ANPACKEN. FÜR UNSEREN LANDKREIS.



Am 7. Juni 2009 sind Kommunalwahlen. Wir Sozialdemokraten machen uns für einen sozialen und lebenswerten Landkreis Göppingen stark:

1. Die SPD im Landkreis will gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Einkommen und der Lebenssituation der Eltern!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- der Ausbau der Ganztageschulen im Landkreis beschleunigt wird
- es für alle Kinder ein bezahlbares und gesundes Essen gibt
- an allen Schulen Sozialarbeiter im Einsatz sind
und wir fordern vom Land, dass
- alle Schulen mit gut qualifizierten Lehrer/innen ausgestattet sind
- die „Halbtages“-Grundschule überall kostenfrei eingeführt wird
- die Grundschulzeit auf sechs Jahre verlängert wird
- Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden (und sich zu Regionalschulen weiterentwickeln)
- die weitere Reformierung der Lehrpläne am achtjährigen Gymnasium erfolgt
- die Finanzierung der Schulsozialarbeit in allen Schulen mitgetragen wird

2. Die SPD im Landkreis will, dass für alle Eltern, die eine Betreuung für ihr Kind ab dem zweiten Lebensjahr benötigen, ein bezahlbares und qualifiziertes Angebot vorhanden ist! Die Vereinbarkeit von Beruf und Schule muss gegeben sein!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- der Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige verstärkt wird, z. B. durch Krippenplätze oder Tagesmütter
- genügend Betreuungsangebote in allen Landkreiskommunen vorhanden sind und die Gebühren vergleichbar und sozial verträglich gestaffelt werden
- Betreuungsmöglichkeiten grundsätzlich auch am Ort des Arbeitsplatzes genutzt werden können
- die Betreuung in allen Kommunen auf hohem Niveau standardisiert wird, ohne individuelle Schwerpunkte der jeweiligen Anbieter einzuschränken
- die Eingliederungshilfe durch qualifizierte Heilpädagogen/innen oder Erzieher/innen mit einer entsprechenden Zusatzqualifikation erfolgt
- eine Landkreis-Servicestelle geschaffen wird,
 - die die Bedürfnisse der Eltern und Arbeitgeber erfasst,
 - die bei finanziellen Ausgleichszahlungen zwischen den Kommunen vermittelt,
 - die Fortbildungen vermittelt, um vergleichbare, hohe Standards in den Einrichtungen zu schaffen

3. Die SPD im Landkreis will, dass alle Kinder, Jugendliche und Eltern eine Chance auf positive Lebensbedingungen haben und bei Bedarf unkompliziert und zeitnah Unterstützung erhalten!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- ein Ausbau von präventiven Angeboten erfolgt, z.B. Familientreffs, Jugendtreffs, Familien- und Erziehungsberatung, ...

- Vereine, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schule etc.) sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen (Beratungsstellen, Erziehungseinrichtungen/Heime, ...) besser miteinander vernetzt werden
- eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Hilfe- und Unterstützungsangeboten vorgehalten werden, z. B. Hilfen bei Kindern mit abweichendem Verhalten
- faire Entgelte für die Einrichtungen verhandelt werden: Vermeidung von Dumpinglöhnen als Beitrag zum Qualitätserhalt und zur tarifgebundenen Bezahlung der Fachkräfte
- Jugendhilfeausschüsse in der jetzigen Besetzung weiterexistieren, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verwaltung, Mandatsträger/innen und Fachleuten beizubehalten und somit eine einseitige Betrachtungsweise, die z. B. rein finanzieller Natur ist, zu vermeiden

4. Die SPD im Landkreis will eine ausreichende Anzahl an qualitativ hochwertigen ambulanten und stationären Altenhilfe- und Pflegeangeboten!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- durch eine gute Steuerung Über- und Unterkapazitäten vermieden werden
- wirkungsvolle Erneuerungen in der ambulanten Pflege, Tages- oder Vollzeitpflege gefördert werden, um eine effizientere Versorgung mit Qualitätsverbesserungen zu bekommen, z. B. zeitgemäße Demenzkonzepte
- die Anbieter auf Basis der tarifgebundenen Lohnkosten ein gerechtes Entgelt erhalten, um Dumpinglöhne und somit einen Wettbewerb, der vorrangig über die Personalkosten ausgetragen wird und dadurch Qualitätseinbußen forciert, zu vermeiden; evtl. Schaffung eines Gütesiegels
- Schaffung von unabhängigen Service- und Informationsstellen für die Bürger und unterstützen und fordern,
- eine Entbürokratisierung, um personelle Ressourcen für die Arbeit am Menschen zu bündeln
- eine faire Bezahlung der Pflegekräfte fördern und fordern, damit der Beruf für junge Menschen attraktiv bleibt – „Wir werden sie noch brauchen!“

5. Die SPD im Landkreis will, dass Migranten/innen Teilhabe in allen Lebensbereichen erhalten!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- die Sprachförderung im Vorschul- und Schulbereich ausgebaut wird
- Deutschkurse für Eltern mit Migrationshintergrund vermehrt angeboten werden
- ein Ausbau von muttersprachlichen Angeboten zur Integration und als Voraussetzung zum Erlernen einer weiteren Fremdsprache erfolgt: „Nur wer die eigene Sprache beherrscht, kann eine weitere erlernen.“
- der Beschäftigtenanteil mit Migrationshintergrund in öffentlichen Verwaltungen erhöht wird und fordern zur Teilhabe, Mitgestaltung und Einbindung in Entscheidungsprozesse auf.

**6. Um die Ziele unter eins bis fünf zu erreichen, will die SPD im Landkreis u. a., dass die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege gleichberechtigt, partnerschaftlich und innovativ erfolgt.
Zugleich begrüßen und unterstützen wir neue Ideen kommunaler Sozialpolitik und wollen dafür landkreisweit ein Klima der Zustimmung und Offenheit schaffen.**

7. Die SPD im Landkreis will durch eine sinnvolle und zukunftsorientierte Natur-, Umwelt- und Verkehrspolitik dazu beitragen, dass unser Landkreis auch weiterhin lebenswert bleibt!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- der Öffentliche Personennahverkehr attraktiver und bezahlbarer wird
- ein Radverkehrsplan für den Kreis Göppingen entwickelt wird
- der Landkreis an das S-Bahn Netz des Verkehrsverbundes Stuttgart angeschlossen wird
- der weitere Ausbau der B10 über Geislingen bis zur Albhochfläche erfolgt
- die Erschließung und Nutzung von regenerativen Energiequellen (Biomasse, Sonne, Erdwärme, ...) verbessert wird
- ein Beitritt zum Klima-Bündnis der europäischen Städte, Kreise und Kommunen erfolgt, mit dem Ziel die Pro-Kopf-Emissionen bis zum Jahr 2030 zu halbieren

- die Bewirtschaftung der Landwirtschaft gentechnikfrei erfolgt
- Arten und Vogelschutzgebiete, sowie Streuobstwiesen erhalten bleiben bzw. neu erschlossen werden

8. Die SPD im Landkreis will in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen für eine stärkere Wirtschaft im Landkreis Impulse setzen und dabei „Arbeit für alle“ und „Qualifikation in der Spitze und Breite“ als durchgängige Leitlinien verankern.

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- in den Industriebrachen des Filstals Gewerbeparks für innovative Firmen, expandierende Handwerker und Existenzgründer geschaffen werden
- Wirtschaftszweige, wie z.B. Gesundheitsdienste, Umwelttechnologie, Mechatronik, Feinmechanik, gestärkt werden
- der Forschungs- und Entwicklungsschwäche unseres Landkreises durch gezielte Anwerbung von Förderprogrammen und Forschungseinrichtungen, insbesondere für die Hochschulen, entgegen gewirkt wird.
- zwischen Schulen, Unternehmen und den Hochschulen eine noch stärkere Vernetzung erfolgt
- weitere geeignete Aus- und Fortbildungsangebote geschaffen werden

9. Die SPD im Landkreis will, dass jeder Mensch gleichberechtigt und mit Würde am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben kann und über auskömmliche finanzielle Mittel verfügt!

Wir setzen uns deshalb im Landkreis und/oder in der Kommune dafür ein, dass

- die Weiterbildung durch die Volkshochschulen und durch die kirchlichen und freien Träger nachhaltig gefördert wird
- bei weitreichenden Entscheidungen die Bürger beteiligt werden
- eine weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, z. B. Wasserversorgung und -entsorgung oder (noch vorhandene) kommunale Energieunternehmen, verhindert wird, um Preisentwicklungen, wie sie im privatisierten Energiemarkt stattfinden, zu vermeiden
- Energieunternehmen mit kommunaler Beteiligung eine moderate Preispolitik betreiben
- und fordern die Bezahlung eines Mindestlohns von mindestens 7,50 € für alle Beschäftigte in allen Berufszweigen.